



22. Dezember 2015

## Mitgliederrundbrief 3-2015

Liebe Mitglieder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik,

liebe Freundinnen und Freunde, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,

die Erhaltung des Friedens betrachten wir, die Mitglieder des BAG-Sprecher\_innenrates, als die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, denn nur im Frieden können Menschen sich frei entfalten und ihre Zukunft gestalten.

Der Deutsche Bundestag hat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, fast aller Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einiger Abgeordneter von CDU, CSU und SPD beschlossen, sich am Krieg gegen Syrien zu beteiligen. Der Krieg in Syrien hat zehntausenden Menschen das Leben gekostet, hat zehntausende Menschen verstümmelt, traumatisiert, chronisch krank gemacht. Die Ausweitung der Bombenangriffe wird noch mehr Menschen Tod, Leid, Hunger und Flucht bringen.



*Auch auf dem Fest der LINKEN machten sich Mitglieder der BAG für ein gutes Bundesteilhabegesetz stark*

Die Mitglieder der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Niedersachsen haben deshalb auf ihrer Mitgliederversammlung Anfang Dezember die Resolution „**Keine Beteiligung am Krieg gegen Syrien**“ verabschiedet, in der sie diese Beteiligung entschieden ablehnen. Der BAG-Sprecher\_innenrat und viele LAGen unterstützen diese Resolution.

Wir bitten diejenigen, die sich dieser Resolution noch nicht angeschlossen

haben, dies auch zu tun. Wir werden die Resolution dann über unseren Presseverteiler verbreiten. (Den Resolutionstext findet Ihr anbei.)



Sicherlich habt Ihr so wie wir aufmerksam die Entwicklung des **Bundesteilhabegesetzes** verfolgt und ward genauso empört darüber, als bei den Inklusionstagen 2015 in Berlin die Katze aus dem Sack gelassen wurde, wie Ilja Seifert treffend formulierte. Das BMAS verkündete dort, dass Teilhabeleistungen in einem neuen Bundesteilhabegesetz auch in Zukunft nicht bedingungslos ausgezahlt werden. Der große Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtsorientierten Gesetzgebung bei der Reform der Eingliederungshilfe wird also ausbleiben. Und auch die zeitliche Verschiebung der Vorlage eines Gesetzesentwurfes ist aus unserer Sicht aus mehreren Gründen unbefriedigend.

So sind die inhaltlichen Vorbereitungen weit fortgeschritten, der breit angelegte Beteiligungsprozess zur Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens ist seit April 2015 abgeschlossen und die Beratungen der Bund-Länder-Kommunal-Arbeitsgruppe konnten zu weiteren Punkten viele Klärungen herbeiführen. Mit der zeitlichen Verschiebung des Reformvorhabens aber steigt die Gefahr des Scheiterns, zumal 2016 weitere Gesetzgebungsvorhaben zwingend umgesetzt werden müssen, zum Beispiel die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Recht der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII. Auch das Ende der Legislaturperiode im Herbst 2017 lässt nach unserer Einschätzung ein weiteres Abwarten dieses zentralen Reformprojekts der Bundesregierung nicht zu.

Wir unterstützen deshalb die Berliner Erklärung, die die Beauftragten des Bundes und der Länder für die Belange behinderter Menschen Ende Oktober bei ihrem 50. Treffen verabschiedeten. Darin wird u. a. gefordert, das Bundesteilhabegesetz und die Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes mit Hochdruck auf den Weg zu bringen und Inklusion nach den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention auf allen Ebenen umzusetzen. Wir rufen Euch als LAGen auf – möglichst gemeinsam mit weiteren Verbündeten - noch einmal Druck auf die Politik in Euren Ländern auszuüben, um doch noch ein gutes Bundesteilhabegesetz zu erreichen.

**Stichwort Pflegestärkungsgesetz.** Der Bundestag hat am 13. November 2015 den zweiten Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften in der vom Gesundheitsausschuss geänderten Fassung (18/6688) beschlossen. Damit wird ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument mit fünf Pflegegraden eingeführt. Die wesentlichen Neuregelungen werden mit Jahresbeginn 2017 wirksam.

Mit dem neuen Gesetz wird es Verbesserungen geben, aber es sind auch Schlechterstellungen zu befürchten. So wird der Kreis der Anspruchsberechtigten endlich



auch auf Menschen mit demenziellen Erkrankungen ausgeweitet. Allerdings lassen vorliegende Studien Schlechterstellungen für neueingestufte Menschen mit Pflegebedarf befürchten.



*Teilnahme der Bundestagsfraktion auf der REHACARE*

Unser Pflegeverständnis geht davon aus, dass sich die konkrete Lebenssituation aller Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf dringend verbessern muss. Wir Mitglieder des Sprecher\_innenrates der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik – und mit uns eine Vielzahl von Menschen, die auf Pflege bzw. Assistenz angewiesen sind - fordern eine menschenwürdige Pflege bzw. eine Assistenz, die den defizitorientierten Blick auf Behinderungen ablöst, Selbstbestimmung und

gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht sowie das Wunsch- und Wahlrecht garantiert – unabhängig vom Geldbeutel des Einzelnen. Und wir streiten für die gesellschaftliche Anerkennung sowie bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne der Pflegenden.

### **Ringens um unser Selbstvertretungsrecht**

Die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik hat auch im vergangenen Jahr an vielen Stellen um mehr gesellschaftliche Teilhabe gerungen, sowohl innerhalb der Partei DIE LINKE als auch darüber hinaus. Dabei lagen Erfolg und Niederlage wieder einmal dicht beieinander. Insgesamt schätzen wir ein, dass noch ein weiter Weg hin zu einer inklusiven Partei und darüber hinaus zu einer inklusiven Gesellschaft vor uns liegt. Maik Nothnagel wurde nicht Landesbehindertenbeauftragter in Thüringen (Dazu berichten wir weiter unten ausführlicher). In den Landesverbänden Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern schafften es Susann Schöninger und Margit Glasow, in den jeweiligen Landesvorstand unserer Partei gewählt zu werden. In Bayern konnten wir die bevorstehende Gründung einer LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik unterstützen. Mit Hilfe von Andreas Scheibner gewannen wir auf dem dortigen Landesparteitag im Juli 2015 23 neue Mitglieder für die BAG. Nun geht es dort darum, die Gründung dieser LAG umzusetzen.



Darüber hinaus gab es viele Anfragen und Anträge der Bundestagsfraktion sowie der Kommunal- und Landtagsfraktionen zur Behindertenpolitik. Zu nennen sind hier insbesondere der Antrag der Bundestagsfraktion „Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen“, aber auch die Anträge zur Regelbedarfsstufe, zur Barrierefreiheit und zur Leichten Sprache. In den Bundesländern werden behindertenpolitische Forderungen für die Landtagswahlen aufgestellt und in den Wahlprogrammen verankert. Es wurde beschlossen, die Kurzwahlprogramme auch in Leichter Sprache herauszugeben. In Mecklenburg-Vorpommern fand im Oktober eine gut besuchte Inklusionskonferenz statt, in NRW eine Konferenz zu guter Arbeit für Menschen mit Behinderung.

Im Folgenden berichten wir über **einige ausgewählte Veranstaltungen der BAG und der LAGen**:

### **Treffen der LAGen Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern**



**Im September trafen sich in Berlin Mitglieder der LAGen Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, um über Schritte einer gemeinsamen intensiven Zusammenarbeit zu beraten. Dem gegenseitigen Kennenlernen diente zunächst der Besuch der barrierefreien Ausstellung „Alltag Einheit“ im Deutschen Historischen Museum.**

Anschließend berieten die Teilnehmer\_innen in der Begegnungsstätte im Mehringkiez darüber, mit welchen gemeinsamen politischen Forderungen wir uns in den bevorstehenden Wahlkampf im nächsten Jahr in Berlin und M-V und in die dazu zu erarbeitenden Landtagswahlprogramme einbringen wollen und was wir dabei von den Erfahrungen unserer Brandenburger Genoss\_innen lernen können.



## **Ver.di-Kongress beschließt: Mindestlohn für alle, auch in Sozial- und Behindertenwerkstätten sowie Justizvollzugsanstalten**

Der vierte Ver.di-Bundeskongress im September in Leipzig nahm den von der Landesbezirkskonferenz und der Bundesjugendkonferenz eingebrachten Antrag A005 zum Mindestlohn in WfbM als Arbeitsmaterial zu Antrag A002 zum Mindestlohn an.

*[www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress 2015](http://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress-2015)*

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

*"ver.di setzt sich für einen Mindestlohn ohne Ausnahme ein. Dies soll natürlich den gesamten freien Arbeitsmarkt betreffen, schließt aber ausdrücklich auch Beschäftigungen im Rahmen von Sozial- und Repressionsmaßnahmen wie z. B. Arbeit betreuter Personen in Behindertenwerkstätten, Sozialwerkstätten für psychisch Kranke und in Justizvollzugsanstalten ein. Dazu wird eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Ausgangssituation durchgesetzt."*

In der Begründung wird darauf verwiesen, dass die dort Beschäftigten ihre Arbeitskraft dort in vollem Umfang einsetzen, und deshalb am Mindestlohn teilhaben müssten.

**Die BAG wird dazu ein Gespräch mit den Ver.di-Verantwortlichen führen, über das berichtet werden wird.**

## **Treffen Behindertenpolitische Sprecher\_innen aus Bund und Ländern und der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik**

Am 28.9.2015 trafen sich auf Einladung von Marjana Schott, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN im hessischen Landtag und Karin Werner MdB (verantwortlich für die inhaltliche Durchführung) in Wiesbaden mit den Kolleginnen Diana Bader, MdL Brandenburg und Christiane Berger, Referentin für Behindertenpolitik im Landtag von Sachsen Anhalt, sowie Ilja Seifert, Mitglied im Bundespartei Vorstand, Sprecher\_innen der BAG und LAG Hessen sowie zwei Vertreter der LAG WfbM Hessen, um über die Arbeit in den Parlamenten und das Bundesteilhabegesetz zu beraten, insbesondere über die dazu eingebrachten Anträge in den Bundestag

Aus aktuellem Anlass wurde eine Presse-Erklärung zur Situation der Flüchtlinge in Deutschland und ihre Auswirkung auf die Behindertenpolitik eingebracht.



Dazu stellte Andreas Scheibner, Sprecher der BAG, die Broschüre "*Ausgrenzung? Nein danke! Kein Bock auf rechte Gewalt!*" der Union Sozialer Einrichtungen und Ver.di Berlin-Brandenburg vor.

*(Diese Broschüre in Leichter Sprache kann hier bestellt werden:*

*Ursula Laumann*

*Tel. 030 49 77 84 59, Mobil 0172 3 00 69 82*

*[ursula.laumann@u-s-e.org](mailto:ursula.laumann@u-s-e.org)*

*USE, Union Sozialer Einrichtungen gemeinnützige GmbH)*

Breiten Raum nahm die Debatte über den Antrag der Bundestagsfraktion der LINKEN "*Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung*" ein. Die Gäste der LAG WfbM Hessen kritisierten die Position der LINKEN zur Reform der WfbM (so den Arbeitnehmerstatus und den Mindestlohn), und bewerteten auch das BTG negativ als Sparprogramm für die Behindertenhilfe. Dem Vorwurf der mangelnden Sachkenntnis konnte dadurch entgegengetreten werden, dass zwei der anwesenden BAG-Sprecher selbst behinderte Beschäftigte in WfbM sind. Sie verwiesen darauf, dass die LINKE, so wie es der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen anlässlich der Prüfung des ersten Staatenberichtes Deutschland gefordert hat, für das schrittweise Überflüssigmachen einer Sonderarbeitswelt abseits vom allgemeinen Arbeitsmarkt eintritt.

## **DIE LINKE. - eine inklusive Partei**

So hieß eine interessante und lebhaftere Veranstaltung am 20.10.2015 in Köln. Eingeladen hatte DIE LINKE Köln. Ilja Seifert, Mitglied im Parteivorstand und jahrelanger behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, berichtete über die Geschichte der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Partei und seine persönlichen Erfahrungen.

Rolf Kohn, Co-Sprecher der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, ergänzte diesen Bericht: Vor kurzem beschloss der Landesvorstand NRW – auf Antrag der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in NRW - einen Inklusions- und Teilhabefonds von 3000 EURO einzurichten. Ebenfalls wurde ein Inklusionsbeauftragter für den Landesverband gewählt und ein Maßnahmenplan für die Umsetzung des Teilhabekonzeptes in NRW erarbeitet.

Im Anschluss an die Vorträge konnten die Teilnehmer\_innen ihre Ideen und Erfahrungen für Barrierefreiheit und Inklusion austauschen und diskutieren.



### **Veranstaltung "Sterbehilfe - Positionen – Diskussionen“ in NRW**

Am 10. Oktober, dem 57. Welttag gegen die Todesstrafe, trafen sich in Bochum ca. 25 Teilnehmer\_innen zu der Veranstaltung "Sterbehilfe - Positionen - Diskussionen", initiiert von Mitgliedern aus den LAGen Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Laizismus, Senior\_innen und Gesundheit und Soziales, um sich zunächst in drei Gesprächskreisen auf das Thema "Sterben/Tod" einzustimmen. Anschließend diskutierten dann Allen im gesamten Plenum.

Konzeptioniert und organisiert wurde die Veranstaltung von Mitgliedern der o. a. Landesarbeitsgemeinschaften der Partei DIE LINKE. NRW.

### **Inklusionstagung in Rostock erarbeitete Forderungen für Landtagswahlkampf**

Die Inklusionstagung am 24.10.2015 in Rostock, zu der ca. 40 Interessierte aus dem gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern anreisten, war geprägt von engagierten Diskussionen darüber, wie man das Thema Inklusion in allen Bereichen nach vorne bringen kann: auf dem Gebiet der Bildung, der Arbeit und Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, hinsichtlich der Barrierefreiheit im ÖPNV und im Bauen, der Pflege und Gesundheit und der Bewusstseinsbildung.



Es gab fachlich gute Beiträge, unter anderem von Peter Braun, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Behindertenverbandes in Mecklenburg-Vorpommern (AbiMV). Er machte klar, dass es an der Zeit sei, von Seiten der Politik konsequenter zu handeln. So müsse DIE LINKE in M-V sich für ein Bundesteilhabegesetz einsetzen - ohne

Kostenvorbehalt, mit einem Recht auf einkommens- und vermögensunabhängige Leistungen und ein Teilhabegeld sowie einem Recht auf Arbeit in einem inklusiven und barrierefreien Arbeitsmarkt.



Besonders konstruktiv waren die Impulsreferate zum Einstieg in die Arbeitsgruppen, zum Beispiel zur Frage, wie Mobilität für Alle auch im ländlichen Raum gesichert werden kann. Die Tagung endete mit der Formulierung konkreter Forderungen, die nun in den Landtagswahlkampf eingebracht werden sollen.

### **Landesparteitag DIE LINKE NRW**

Auf dem Landesparteitag am 29.11.15 stellte die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW die neue mobile Induktionsschleife des Landesverbandes vor. Mit der Induktionsschleife können Menschen mit Hörgerät oder Cochlea Implantat gut die Reden und Diskussionen auf Veranstaltungen verfolgen. Davon profitieren auch ältere Menschen, die schlechter hören.



Viele Delegierte und Mitglieder des Landesvorstandes probierten die Induktionsschleife am Stand der LAG aus und waren begeistert. „Es freut mich besonders, daß jetzt schon weitere 1200 EURO für den Fonds gespendet wurden. Die Induktionsschleife ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer inklusiven Landespartei“, freute sich Rolf Kohn. Auch Landessprecher Ralf Michalowsky und Sevim Dagdelen,

MdB, probierten die Induktionsschleife aus. Die mobile Induktionsschleife kann für Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen gegen eine geringe Gebühr ausgeliehen werden. Die Einnahmen werden für Investitionen in Barrierefreiheit unserer Landespartei genutzt. Sie wurde z. B. schon auf der Inklusionstagung in Rostock oder auch bei der Fortbildung zur Leichten Sprache in Recklinghausen eingesetzt.

### **Welttag der Menschen mit Behinderungen**

Am 3.12.2015 fanden in verschiedenen Städten Pressekonferenzen und Aktionen anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderungen statt. So forderten die Mitglieder der LAG Sachsen: Menschenrechte haben auch für behinderte Menschen vollumfänglich zu gelten und sind kein Almosen.



In der entsprechenden Presseerklärung stellte Susann Schöniger, Mitglied des Landesvorstandes, fest: „Am 3. Dezember wird der Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen begangen. Aus diesem Anlass vollumfängliche Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen einzufordern, ist mehr als angemessen und dringend notwendig. Seit nunmehr fast sieben Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und damit auch in Sachsen geltendes Recht. Die UN hat damit die Menschenrechte für behinderte Menschen festgeschrieben.“



Leider spüren behinderte Menschen noch nicht sehr viel davon. Sie sind nach wie vor am stärksten von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht. Das Bundesteilhabegesetz, welches derzeit von der Bundesregierung erarbeitet wird, sollte seinem Namen daher auch endlich Geltung verschaffen, indem es volle Teilhabe aller Menschen

regelt und eine Behinderung kein Armutsrisiko mehr darstellt. Viele Städte und Gemeinden haben Barrierefreiheit zwar schon bei Neubauten im Blick, allerdings bleiben Bestandsbauten oftmals nicht barrierefrei. Somit sind wohnortnahe Schulen oder KiTas häufig nach wie vor nicht barrierefrei. Ein Unding, denn gerade in den Kindertagesstätten und Schulen wird der Grundstein für eine inklusive Gesellschaft gelegt.

Hier muss dringend gehandelt werden. Auch Wahllokale, die nicht selten in Schulen oder KiTas eingerichtet werden, sind häufig daher nicht barrierefrei. Menschen mit Behinderung wird so auch die demokratische Teilhabe erschwert. Das ist nicht zu akzeptieren. Forderungen nach Barrierefreiheit und volle umfängliche gesellschaftliche Teilhabe sind kein Gnadentat, der Menschen nach Gutdünken gewährt werden darf. Das Resümee, insbesondere Sachsen habe bei der Umsetzung von Menschenrechten für behinderte Menschen Förderbedarf, ist deshalb leider angebracht: So gibt es im Freistaat noch nicht einmal einen Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung. Noch lässt die Ausarbeitung auf sich warten, ich, wie auch die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik meiner Partei werden diesen Prozess kritisch begleiten. Die Zeit entschiedenen Handelns im Sinne von Menschen mit Behinderungen sollte auch in Sachsen längst gekommen sein, schließlich sind sie keine Menschen zweiter Klasse, deren Rechte einfach so unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden können."



### **MV der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Niedersachsen**

Anfang Dezember fand die MV der LAG Niedersachsen in Hannover statt. Inhaltlich ging es um drei Schwerpunkte: die Inklusion von Flüchtlingen, der behindertenpolitische Teil des Kommunalwahlrahmenprogramms und ein Vortrag von Peter Kohlhaas, Mitglied des SprecherInnenrates der BAG aus Sachsen, zum Thema barrierefreier Nah- und Fernverkehr. Peter Kohlhaas schilderte konkret und lebendig seine Erfahrungen zur Bahn- und Busnutzung als Rollstuhlfahrer. Und er berichtete von Barrieren, von nicht abgesenkten Bordsteinen, der Anmeldung bei der Bahn für Rollifahrer\_innen bis hin zu den engen Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten im IC.

Heidrun Dittrich stellte kurz die Rahmenbedingungen dar – Personalabbau im Öffentlichen Dienst oder auch Wohnungsmangel – die die Inklusion von Flüchtlingen erschweren. Kritisiert wurden auch das Arbeitsverbot, die mangelnden Sprachkurse, die Betreuung von Flüchtlingsheimen durch private Anbieter oder auch die nicht barrierefreien Flüchtlingsunterkünfte.

Viktoria Kretschmer und Klaus-Wilhelm Depker diskutierten über die Forderungen für das Kommunalwahlrahmenprogramm – aufgenommen werden z. B. die Ausstattung von öffentlichen Gebäuden mit Induktionsschleifen und Blindenleitsystemen, die Vergabe öffentlicher, kommunaler Aufträge an Integrationsunternehmen und Beratungsstellen von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung zum Thema Behinderung, Wohnberatung und Persönliches Budget.

Am Schluss der Veranstaltung verabschiedete die Versammlung die Resolution „**Keine Beteiligung am Krieg gegen Syrien**“.

### **Neues aus dem Sprecher\_innenrat der BAG**

Die Leser\_innen des Nachrichtenportals *kobinet* und der sozialen Netzwerke wurden Anfang November darüber informiert, dass *Doris Sorge*, Mitglied des Sprecher\_innenrates der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und eine der Sprecher\_innen der LAG Hessen, aus der Partei aus- und damit von ihrer Funktion als Sprecherin der BAG zurücktrat.

Hauptgrund für diesen Schritt war ihre Unzufriedenheit darüber, dass seit Juli 2015 die Position des Landesbehindertenbeauftragten in Thüringen nicht besetzt war. Der von der LAG Thüringen und der BAG unterstützte Kandidat, Maik Nothnagel, ehemaliger inklusionspolitischer Sprecher im Thüringer Landtag der Fraktion DIE LINKE. wurde nicht



genommen. Mehrere Schreiben an die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Thüringen von Seiten der BAG und der LAGen Hessen und Thüringen blieben ohne Antwort. Zuletzt wandte sich die BAG im Juni 2015 an den Parteivorstand, namentlich an Katja Kipping, Bernd Riexinger und Matthias Höhn. Es wurde darauf hingewiesen, dass Maik als Inklusionsbeauftragter die Partei als Vorkämpfer für die Rechte behinderter Menschen profiliert hat. Scharf wurde kritisiert, dass entgegen eigener Absichtserklärungen in der Opposition der Posten des Behindertenbeauftragten nicht demokratisch durch das Parlament vergeben, sondern im Hinterzimmer der Funktionäre ausgehandelt wurde. Ein Gesetzesentwurf, der ein solches Verfahren vorschlägt, wurde übergangen. Durch diese Vorgänge wurde die Behindertenpolitik in der LINKEN nachhaltig beschädigt, was sich durch die Austritte von Doris Sorge und Ricco Langner bestätigte.

Die Unterstützung von Maik ist ohne Erfolg geblieben, inzwischen ist ein anderer zum Behindertenbeauftragter im Land Thüringen ernannt worden. Der Sprecher\_innenrat der BAG bedauert das sehr, ebenso den Rücktritt von Doris Sorge, die in ihrer Funktion als Mitgliederbetreuerin einen großen Anteil daran hatte, dass die BAG in den letzten zwei Jahren mehr als 100 neue Mitglieder gewinnen konnte.

## **Buchempfehlung**

*Theresia Degener/Elke Diehl, Handbuch Behindertenrechtskonvention, Teilhabe als Menschenrecht-Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe, mit DVD-ROM mit einer Zusammenfassung in leichter und Gebärdensprache, 550 S, Bonn 2015, zu beziehen über die Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) für 15,00 €*

*- Teil I befasst sich mit der historischen Entwicklung der UN-BRK, ihren Begrifflichkeiten und dem Paradigmenwechsel, mit Beiträgen von Mürner/Sierck, Köbsell, Wansing und Degener.*

*- Teil II beschreibt die innerstaatliche Durchsetzung der UN-BRK mit Beiträgen des BMAS (Knospe/Papadopulos) zu den staatlichen Anlaufstellen, Aichele zu der Monitoringstelle und Arnade über das Netzwerk Art. 3.*

*- Teil III benennt den Weg in eine inklusive Gesellschaft durch die neuen Rahmenbedingungen der UN-BRK mit zahlreichen Praxisbeispielen.*

*Im Anhang werden wesentliche Dokumente der UN-BRK sowie Literaturhinweise gegeben. Dem Handbuch ist eine weite Verbreitung in der Praxis zu wünschen und ist eine Fundgrube für alle, die vor Ort die UN-BRK mit Leben erfüllen wollen.*



## **Barrierefreiheit? – DAS MUSS DRIN SEIN!**

### **Der Preis für barrierefreie Geschäftsstellen**

So heißt ein Preisausschreiben der Bundespartei, mit dem barrierefreie Geschäftsstellen der Partei und der Fraktionen gesucht und prämiert werden. Barrierefreiheit in unseren Büros und Geschäftsstellen ist eine Grundvoraussetzung dafür,

- dass alle Menschen zu uns kommen können,
- dass alle Menschen unsere Veranstaltungen besuchen können,
- dass alle Menschen in unseren Geschäftsstellen Rat erfragen und bekommen können,
- dass alle Menschen am Parteileben teilhaben können.

DIE LINKE strebt eine inklusive Gesellschaft an und hat sich vorgenommen, auch eine inklusive Partei zu werden. Das Ziel der inklusiven Partei und der Weg dorthin ist im Teilhabekonzept der Partei, beschlossen vom Parteivorstand im März 2014, festgehalten.

Der Preis wird eine mobile Hörschleife sein, falls schon vorhanden, der Gutschein für die Übersetzung eines Textes eurer Wahl in Leichte Sprache. Die Bewerbung ist zu richten an:

Maik Nothnagel, Inklusionsbeauftragter der Partei DIE LINKE, [inklusionsbeauftragter@die-linke.de](mailto:inklusionsbeauftragter@die-linke.de)  
Bewerbungsschluss ist der 29.2.2016. Der Preis wird im Rahmen des Parteitages verliehen. Wie Geschäftsstellen und Veranstaltungen barrierefrei gestaltet werden können, entnehmt bitte dem Flyer auf der Homepage des Inklusionsbeauftragten. <http://www.die-linke.de/service/inklusion/>

Zum Schluss wünschen wir Euch:

### **Friedliche Weihnachten und einen guten Start im neuen Jahr**

Für das bevorstehende Weihnachtsfest wünschen wir allen Mitgliedern unsere BAG bzw. der LAGen besinnliche und vor allem friedliche Festtage – insbesondere angesichts der immer schärferen Auseinandersetzung zwischen Krieg und Frieden in der Welt.

Und wir wünschen uns, dass wir im kommenden Jahr noch intensiver und nachhaltiger zusammenarbeiten, um insbesondere in den Landtagswahlkämpfen unsere Forderungen für mehr gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation aller Menschen konsequent einbringen zu können. #

Der Sprecher\_innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

**Terminankündigung:**

**Mitgliederversammlung der BAG am 16. und 17. 04.2016 in Duderstadt**